



Politik Deutschland



Beck: "Kein massenhafter Zuzug durch Zuwanderungsgesetz."

Zuwanderungsdebatte Ausländerbeauftragte greift Union an

24. Juni 2002 Die Bundesausländerbeauftragte Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen) hat den Unionsparteien vorgeworfen, in der Diskussion um Einwanderung einen falschen Eindruck zu erwecken. Es müsse auch die hohe Zahl von Abwanderern berücksichtigt werden, sagte Beck am Montag in Berlin bei der Vorstellung des „Migrationsreports 2002“. „Wenn ich ganz bewusst und gezielt den statistischen Teil der Abwanderung weglasse, erzeuge ich nur durch dieses Weglassen ein Gefühl in der Bevölkerung, dass das ja eine Menge Zuzug ist“, kritisierte sie.

Zum Thema

- **Rau hat Zuwanderungsgesetz unterschrieben**
- **Kernpunkte des Zuwanderungsgesetzes**
- **Politikwissenschaftler Hennis: Zuwanderungsstreit offenbart die Konstruktionsfehler des Regierungssystems**

Tatsächlich gebe es bei 750.000 bis 850.000 Zuwanderern im Jahr zugleich eine Abwanderung von 750.000 bis 800.000 Menschen aus Deutschland. Dies ergebe einen „ganz anderen Blick“ auf die Frage, wie Migration gestaltet werden solle. In den 90er Jahren habe es im Saldo mehr Ab- als Zuwanderung gegeben. Als falsch bezeichnete Beck die Darstellung, das rot-grüne Zuwanderungsgesetz werde zu einem „massenhaften Zuzug“ von Ausländern führen. „Das gibt das Gesetz nicht her.“ In einigen Bereichen werde es „eher eine Reduzierung“ geben, während eine Erhöhung bei anderen Gruppen von Zuwanderern politisch gewollt sei.

Müntefering: „Union spekuliert auf Fremdenfeindlichkeit“

Die Bundesregierung warb am Montag mit ganzseitigen Anzeigen für das Zuwanderungsgesetz. Unter der Überschrift „Im deutschen Interesse“ wurden am Montag in acht überregionalen Zeitungen Eckpunkte und Zielsetzungen des Gesetzes vorgestellt. Es werde „die Zahl der Zuwanderer deutlich verringern“. Außerdem würden „nur noch Menschen kommen, die in Deutschland Chancen als qualifizierte Arbeitskräfte geboten bekommen“, heißt es in der Anzeige, deren Veröffentlichung insgesamt 220 000 Euro kostete.

SPD-Generalsekretär Franz Müntefering warf dem Unions-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber vor, den Bundestagswahlkampf mit ausländerfeindlichen Parolen führen zu wollen. „Er sucht Ressentiments, ähnlich wie Möllemann dies auf einem anderen Gebiet getan hat“, sagte der Sozialdemokrat der Tageszeitung „Die Welt“ mit

Blick auf die vom FDP-Vize Jürgen Möllemann ausgelöste Antisemitismus-Debatte. Stoiber, Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) und Hessens Ministerpräsident Roland Koch „spekulieren auf Fremdenfeindlichkeit“, sagte Müntefering.

Lohnunterschiede locken Einwanderer an

Der Historiker und Mitherausgeber des alle zwei Jahre erscheinenden „Migrationsreports“ Klaus Bade kritisierte, im Wahlkampf stehe ein „Kampf mit den falschen Argumenten“ im Vordergrund. Die Einwände, mit denen jetzt gegen das Gesetz der rot- grünen Koalition „Front gemacht“ werde, bezögen sich „auf eine Gesetzgrundlage, die ja durch das Zuwanderungsgesetz gerade verändert werden soll“.

Der Migrationsforscher Rainer Münz bezifferte die Zahl potenzieller Arbeitsmigranten aus den EU-Beitrittsländern auf 700.000 bis 900.000. Diese Menschen hätten laut Umfragen konkrete Vorstellungen oder träfen bereits Vorbereitungen, um nach Westeuropa zu kommen, wenn dies möglich werde. Über 15 bis 20 Jahre sei angesichts der Lohnunterschiede zu den EU-Ländern ein Potenzial von rund 4 Millionen Einwanderern zu erwarten.

Text: dpa
Bildmaterial: dpa